

Hochschulpolitische Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

5 DSW FRAGEN AN DIE SECHS* PARTEIEN IM AKTUELLEN BUNDESTAG



FRAGE 1
Unterstützt Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode die Förderung der Studenten- und Studierendenwerke nach einem Bund/Länder-Hochschulsozialpakt in Höhe von 3,5 Milliarden Euro, auch zur pandemiebedingten Nachrüstung ihrer Wohnheime und Mensen? Wenn ja, wie konkret?

CDU/CSU haben die BAföG-Wohnkostenpauschale von 250 auf 325 Euro angehoben. Zudem stehen jährlich eine Milliarde Euro zur Verfügung, mit welcher der Bund die Länder bei der sozialen Wohnraumförderung unterstützen kann, auch für Studierende und Azubis. Die Zuständigkeit für die soziale Wohnraumförderung liegt aber bei den Ländern.

Die SPD unterstützt diese Forderung. Wir wollen bis zum Jahr 2030 zusätzliche 100.000 studentische Wohnheimplätze schaffen und bestehende Wohnheimplätze klimaneutral sanieren. Hierbei sollen auch die Netzkapazitäten in den Wohnheimen ausgebaut werden. Zudem unterstützen wir eine ausgewogene Hochschulgastronomie.

Wir wollen an Hochschulen eine nachhaltige Modernisierung ermöglichen. Dazu gehören moderne Bibliotheken, Lehr- und Lernräume, eine klimafreundliche Sanierung und Zugang zu guten Beratungsdienstleistungen. Mit einer Offensive für studentisches Wohnen fördern und sichern wir günstigen Wohnraum für Studierende.

Ja. DIE LINKE unterstützt den Hochschulsozialpakt. Wir wollen 50.000 neue Wohnheimplätze bereitstellen, die bestehenden Wohnheimkapazitäten erhalten und ein Förderprogramm mit jährlich 1,5 Milliarden Euro an Bundesmitteln auflagen. Dazu muss das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufgehoben werden.

Für Ausbau und Instandhaltung von Wohnheimen und Mensen sind primär die Länder verantwortlich. Wir stehen Gesprächen zur finanziellen Beteiligung des Bundes offen gegenüber, aber die Länder dürfen sich nicht aus ihrer Finanzierungsverantwortung zurückziehen. Bedarf sehen wir bei der psychosozialen Betreuung.

FRAGE 2
Welchen konkreten Reform- oder Veränderungsbedarf sehen Sie beim BAföG?

Wir wollen das BAföG flexibilisieren und zu einem Instrument der individuellen Förderung des Lebensunterhalts von Bildung und Weiterbildung im Lebensverlauf weiterentwickeln. Dazu erweitern wir den Zweck des BAföG um eine zweite Berufsausbildung und ersetzen die bestehenden Altersgrenzen durch Höchstgrenzen.

Wir wollen einfache Online-Anträge, höhere Einkommensgrenzen und ein Studium in Teilzeit mit BAföG-Förderung ermöglichen. BAföG und Aufstiegs-BAföG sollen zusammengeführt und die Altersgrenzen aufgehoben werden. Zudem soll BAföG angemessen den Lebensunterhalt sichern, wenn neue berufliche Wege eingeschlagen werden.

Wir wollen das BAföG perspektivisch zu einer elternunabhängigen Grundsicherung für alle Studierenden und Auszubildenden ausweiten, die den Gesamtbetrag substantiell erhöht und mehr Menschen zugutekommt. Studierende oder Auszubildende bekommen den Betrag direkt überwiesen.

Wir wollen ein bedarfsgerechtes, elternunabhängiges BAföG als Vollzuschuss. Um die Zahl der Empfänger*innen zu erhöhen, müssen Altersgrenzen abgeschafft, Förderlücken geschlossen und die Wohnpauschale erhöht werden. Die Förderhöchstdauer muss individualisiert und Leistungsüberprüfungen abgeschafft werden.

Wir Freie Demokraten wollen ein elternunabhängiges Baukasten-BAföG: Studierende sollen monatlich 200 Euro erhalten, weitere 200 Euro bei ehrenamtlichem Engagement oder Nebentätigkeiten. Dazu soll ein anpassbares, zinsfreies Darlehen die finanzielle Flexibilität sichern. Die Förderhöchstdauer soll ausgeweitet und die Beantragung digitalisiert werden.

FRAGE 3
Was sind Ihre Ziele in der Hochschulpolitik in den kommenden fünf Jahren?

CDU/CSU wollen die Hochschullehre durch innovative Lehrformate entwickeln und die Exzellenzstrategie weiter fördern, auf europäischer Ebene einen einheitlichen Rechtsrahmen für Europäische Hochschulen schaffen sowie die Förderinstrumente zur Entwicklung exzellenter Forschungskapazitäten und Großforschungszentren entwickeln.

Wir wollen investieren in innovative Lernprojekte und in die Didaktik an Hochschulen, sowie in die Digitalisierung der Hochschulen, den klimaneutralen Campus stärken, eine dreijährige Mindestvertragslaufzeit während der Promotion einführen, Postdocs verlässliche Karriereperspektiven bieten und Professor:innen entlasten.

Die Hochschulen brauchen zusätzliche Mittel für gute Lehre und starke soziale Infrastrukturen. Spitzenforschung soll auch den Studierenden zugutekommen, die Exzellenzstrategie wollen wir weiterentwickeln und den Zukunftsvertrag Studium und Lehre sowie den Pakt für Forschung und Innovation verstetigen und voranbringen.

Wissenschaftler*innen sollen forschen und lehren, statt Anträge von Drittmittelgebern auszufüllen. Das Sonderbefristungsrecht für wissenschaftliches Personal wollen wir abschaffen. Damit Hochschulen wirklich geöffnet werden, muss das Studium gebührenfrei und die Zulassung bundesweit geregelt sein.

Neben einer BAföG-Reform muss das Kapazitätsrecht reformiert werden, und wir brauchen eine Nachfolgevereinbarung des Zukunftsvertrages Studium und Lehre. Mit einem Midlife-BAföG wollen wir Bildungschancen in jeder Lebenssituation ermöglichen. Eine European Digital University soll Zugang zur besten Lehre ermöglichen.

FRAGE 4
Wie sieht für Sie das deutsche Hochschulsystem aus, wenn die Corona virus-Pandemie gut im Griff oder gar beendet ist?

Mit der AHA plus L-Regeln und dem Dreiklang aus „getestet, geimpft oder genesen“ sollte im WS 2021/22 mehr Präsenzunterricht möglich sein. Dennoch bleibt zu prüfen, welche Veranstaltungen in Zukunft als Blended-Learnings absolviert werden können und welche Kompetenzen die Lehrenden hierfür benötigen.

Die Hochschulen werden nach der Pandemie einen immensen Digitalisierungsschub durchlaufen haben. Wir wollen die Hochschulen dabei in der kommenden Legislaturperiode unterstützen und eine Digitalisierungspauschale einführen. Wir wollen dadurch verstärkte Investitionen in digitale Infrastrukturen ermöglichen.

Nach Abflauen der Pandemie baut Studieren auf Präsenz und Campusleben auf, zugleich werden Mischformen aus physischer und virtueller Lehre entstehen. Wir wollen die IT-Infrastruktur an Hochschulen stärken und IT-Barrierefreiheit einfordern, Aus- und Weiterbildung ausbauen und digitale Angebote für Studierende ausweiten.

DIE LINKE möchte die Verschulung der Studierenden durch die Pandemie in den Fokus rücken. Im Wissenschaftsbetrieb hat die schlechte Vereinbarkeit von Care-Arbeit und wissenschaftlicher Arbeit besonders Frauen belastet, deren Promotions- oder Post-Doc-Phase erheblich verzögert oder abgebrochen wurden.

Die Lehre sollte nach Corona abwechslungsreicher und qualitativ hochwertiger sein. Mit flexibler Lehre und berufsbegleitenden Micro Degrees lassen sich neue Zielgruppen erreichen. Bund und Länder müssen ein Beratungsangebot gewährleisten, das psychische Gesundheit genauso ernst nimmt wie die körperliche.

FRAGE 5
Bund und Länder werben um ausländische Studierende; sie benötigen bezahlbaren Wohnraum und Betreuung. Was will Ihre Partei dafür tun?

CDU/CSU werden ihre Wohnraumoffensive fortsetzen, so dass bis 2025 mehr als 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen. Außerdem werden wir das Wohngeld ab 2022 regelmäßig erhalten. Ausländische Studierende erhalten nicht automatisch eine Unterkunft. Daher ist auch ihnen mit mehr Wohnheimplätzen am besten geholfen.

Selbstredend werden auch ausländische Studierenden von unserem Hochschulsozialpakt profitieren, mit dem wir bezahlbaren Wohnraum für Studierende ausbauen wollen. Außerdem wir wollen Beratungs- und Betreuungsangebote im Rahmen unseres Hochschulsozialpaktes ausbauen.

Neben mehr Deutschkursen muss Englisch als globale Wissenschaftssprache in den Lehrangeboten und der Verwaltung der Wissenschaftseinrichtungen stärker gefördert werden. Mit einer Offensive für studentisches Wohnen fördern und sichern wir günstigen Wohnraum für inländische wie internationale Studierende.

Wir setzen uns für den Bau von neuen Wohnheimen ein, wovon ausländische Studierende profitieren. Langfristig wollen wir Sanierungen und Neubau an den Hochschulen fördern. Hürden für ausländische Studierende beim BAföG möchten wir abbauen und Personen mit Duldung oder Aufenthaltserlaubnis Anspruch auf BAföG-Leistungen ermöglichen.

Hohe Mietpreise belasten deutsche und ausländische Studierende. Wer Bauvorschriften reduziert, Genehmigungsverfahren beschleunigt und mehr Bauland aktiviert, ermöglicht schnelleren Wohnraum und günstigere Mieten. Die FDP hat zudem vorgeschlagen, leerstehende Büroflächen zu bildungsbezogenen Wohnen umzubauen.